

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 8. Mai 1925.

WIENER - GEMEINDERAT

Sitzung vom 8. Mai 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Ohne Debatte werden genehmigt: ein Antrag über Verlängerung und Erhöhung der Haftung der Gemeinde Wien für den von der Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m.b.H. bei der Niederösterreichischen Eskomte-Gesellschaft in Anspruch genommenen Betriebskredit bis zum Höchstbetrage von 1,450.000 Schilling bis 31. Mai 1925, Zuschusskredite für den Betrieb Kanalisationswesen, zwei Baulinienabänderungen im XIII. Bezirk und die Baubewilligung für einen Zubau zum städtischen Versorgungshaus Melde- mannstrasse im XX. Bezirk. Ebenso werden ohne Debatte genehmigt: Der Bau eines Bedienstetenwohnhauses auf dem Zentralfriedhof; eine Wohnhausanlage auf dem Baublock Lorystrasse-Hacklgasse-Ehangasse-Grillgasse in Simmering nach den Plänen der Architekten Kaya, Hetmanek und Gorge mit den voraussichtlichen Kosten von 3,565.000 Schilling, im XX. Bezirk der Wohnhausbau, Salzachstrasse-Leystrasse, sowie in der Engerthstrasse-Wehlstrasse-Traisengasse, endlich der Antrag des Stadtrates Siegel über einen neuen Bauentwurf, die Kosten und die Baubewilligung für das zweite Baufeld der Wohnhausanlage Sandeilen im XVI. Bezirk, deren Kosten voraussichtlich 6,210.000 Schilling betragen werden.

St.R. Richter berichtet über eine Abänderung der Bestimmungen über die Zuerkennung der Kunstpreise der Stadt Wien. Für das Gebiet der bildenden Künste, des Schrifttums und der Musik sollen nunmehr drei gleiche Preise von je 3000 Schilling aufgeteilt werden. Die Jury empfand es schon in den ersten Sitzungen für überaus unangenehm, innerhalb der drei Bewerber noch drei Kategorien qualifizieren zu müssen, von nun an sollen die Preise in gleichem Ausmass zuerkannt werden.

G.R. Angermayer (chr. soz.) spricht nicht gegen das Meritum des Antrages, sondern wendet sich gegen eine falsche Zitierung. Am 27. April 1923 beschloss der Gemeinderat lediglich die Zuerkennung von drei Preisen für die verschiedenen Kunstgebiete, der entscheidende Beschluss sei aber erst in der Sitzung vom 8. Februar 1924 gefasst worden. Solche Irrtümer in der Abfassung der Vorlagen habe er schon mehrmals Gelegenheit gehabt aufzuzeigen, sie liessen sich aber vermeiden, wenn der Referent sich die Mühe nimmt, die Vorlagen zu revidieren. Im Schlusswort betont Stadtrat Richter, dass der grundlegende Beschluss tatsächlich in der Sitzung vom 27. April 1923 gefasst worden sei, die Ausführungen wohl erst in der Sitzung vom 8. Februar 1924. Der Anregung des Gemeinderates Angermayer werde er keine Schwierigkeiten bereiten.

Bei der Abstimmung wird der Antrag angenommen.

G.R. Suchanek (soz. dem.) referiert über ein Anbot auf Verkauf von Baustellen an der Klaus- und Kreitnergasse im XVI. Bezirk. Diese sechs Parzellen umfassen 3.617 Quadratmeter und werden zu einem Einheitspreis von 19'5 Schilling beziehungsweise 21 Schilling angeboten.

G.R. Doppler (chr. soz.) spricht sich gegen den Antrag mit der Begründung aus, dass der Kaufpreis für die Kuffner'schen Gründe viel zu hoch bemessen sei. Denn für die mindestens gleichwertigen Rosensteinschen Gründe in Hernals habe die Gemeinde Wien einen bedeutend geringeren Einheitspreis bewilligt. Aus dem Vergleich dieser beiden Erwerbungen ergäbe sich deutlich, dass die Gemeinde dem reichen Milliardär und Grossindustriellen, mit respektvoller Verbeugung ein Präsent macht, während die Armen von Hernals als Erlös aus dem Ankauf der gleichgrossen und gleichwertigen Stiftungsgründe um anderthalb Milliarden weniger bekommen. Diese einem Skandal gleichende Schätzung scheine auf eine parteimässige Vereinbarung zurückzuführen zu sein, bei welcher die Rücksicht auf die das Kuffnerbier beziehenden Arbeiterheime, die obendrein mit der Firma Kuffner in finanziellen Beziehungen stehen, augenscheinlich eine Rolle spielt.

Der Referent entgegnet unter allgemeiner Unruhe, von zahlreichen Zwischenrufen der Opposition unterbrochen, dass hier ganz korrekt vorgegangen sei und die Gemeinde gar kein Interesse gehabt habe vor dem Industriellen Kuffner eine Verbeugung zu machen. Die Hernalser Gründe seien seinerzeit richtig eingeschätzt und demgemäss der Preis bestimmt worden.

G.R. Kunschak (chr. soz.) Die armen Leute werden um ihr Geld gebracht und dem reichen Milliardär geht ihr es.

G.R. Doppler (chr. soz.) Die ganze Berechnung stimmt nicht, man muss die Vorlage von der Tagesordnung absetzen, Herr Bürgermeister.

G.R. Kunschak: Die Stiftung der Bettler bekommt das Zweitausendfache und der Kuffner das Viertausendfache, das ist ein Skandal.

Referent: Die Kuffner'schen Gründe sind bestimmt wertvoller, einen Vergleich zu ziehen bin ich nicht in der Lage. Nachdem dieser Antrag ruhig vertreten werden kann, bitte ich um die Annahme (Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist eine Schande, es lebe Kuffner!)

Der Antrag wird sodann angenommen. Auf den Bänken der Opposition werden zahlreiche Zwischenrufe laut: Die Antikapitalisten stimmen für den Grosskapitalisten! Es lebe der Kampf gegen das Grosskapital.

Bürgermeister Seitz: Sie glauben doch nicht meine Herren, dass die Beamten die hier ihres Amtes gewaltet haben sich von anderen als sachlichen Beweggründen haben leiten lassen. (Rufe bei der Opposition: Das ist ein Dreh, jetzt schieben Sie die Beamten vor!)

Bürgermeister Seitz: Ich glaube, dass nicht einmal bei Ihrer Verwaltung vorgekommen, wo doch keine Anstellung und keine Lieferung ohne parteigemässen Charakter erfolgt ist!

G. R. Preyer (chr. soz.): Die Beamten haben das nicht gemacht!

St. R. Siegel beantragt, dass in der Josefstadt (Pfeilgasse) eine Wohnhausanlage mit 70 Wohnungen errichtet werden solle.

G. R. Rummelhardt (chr. soz.): Ich habe bereits einmal im Gemeinderat die Befürchtung ausgesprochen, dass hier immer Gelder für Wohnhausbauten bewilligt werden, obwohl die hierfür präliminirten Summen längst überschritten sind. Ich habe im Gemeinderat und auch im Stadtsenat verlangt, dass wir ein tabellarisches Verzeichnis über die Summen erhalten, die bereits für Neubauten bewilligt worden sind, wobei auch anzugeben ist, welche Beträge aus dem Präliminare entnommen wurden. Dieses Verzeichnis wurde uns noch immer

nicht vorgelegt, trotzdem Stadtrat Siegel es im Gemeinderat zuge-
segelt hat. Sie scheinen selbst zu fühlen, dass Sie mit den bewillig-
ten Geldern schon längst am Ende sind. Es ist auch unrichtig,
wenn Sie diese Ausgabe nun auf eine andere Rubrik verweisen, weil
auch da keine Bedeckung vorhanden ist. Sie haben auf Ihren Wohn-
hausbauten grosse Tafeln anbringen lassen, auf denen zu lesen ist:
Wohnhausbau der Gemeinde Wien, errichtet aus den Erträgen der
Wohnhaussteuer! Auch das ist eine Unwahrheit. Sie können heute die
Ausgaben für Ihre Wohnhausbauten gar nicht mehr aus dem Ertrag
der Wohnhaussteuer bedecken. Es sind in dieser Post insgesamt
sechzig Millionen Schilling vorgesehen. Der Gemeinderat hat aber
in diesem Jahr bereits für vierzig Millionen Schilling Wohnhaus-
bauten bewilligt. Da für Wohnhausbauten in diesem Jahr nur dreissig
Millionen Schilling präliminiert sind, so wurde dieser Betrag
bis 30. April um 10 Millionen Schilling überschritten. Es gibt
dafür drei Erklärungen. Entweder sind die Einnahmen vom Stadtrat
Breitner zu niedrig präliminiert worden, oder Stadtrat Siegel
beut ins Blaue hinein, ohne sich um die Bedeckung zu kümmern,
oder Sie planen eine Erhöhung der Wohnhaussteuer. Da muss gleich
festgesetzt werden, dass Sie sich schwer täuschen werden. Es ist
der heutige Zeitpunkt dazu nicht mehr geeignet. Viele Mieter ge-
niessen den billigen Mietzins längst nicht mehr, sondern müssen
infolge der Instandhaltungskosten und der Wohnhaussteuer bereits
einen übervalorisierten Zins zahlen. Wenn ich die im Dezember
1924 beschlossenen Wohnhausbauten dazuzähle, so sind bereits
102,489,000 Schilling für Wohnhausbauten vom Gemeinderat für das
Verwaltungsjahr 1925 bewilligt worden, während überhaupt nur
85 Millionen Schilling präliminiert sind. Es geht nicht an, dass
der Rat eine Beschlusse fassen, ohne zu wissen, ob die Bedeckung
vorhanden ist. Ich muss Namens meiner Partei schärfsten Protest
dagegen einlegen und diesen Vorgang als fraudulös agitorisch
von ihrer Seite bezeichnen. Schliesslich will ich noch darauf
verweisen, dass unbedingt, wenn dieser Bau begonnen wird, die
Schüler der dortigen Schule wieder den Weg durch das Sanetty-
Waisenhaus nehmen müssen, sollen sie nicht an ihrer Gesundheit
Schaden leiden. Früher war dieser Durchgang für die Schulkinder
offen. Der sozialdemokratische Waisenhauspädagoge Zohner hat
dies wahrscheinlich deswegen sehr ungern gesehen, weil die Waisen-
kinder dort gerade nicht besonders gekleidet sind. Das scheint
auch der Grund zu sein warum man den Durchgang gesperrt hat. Wir
müssen fordern, dass dieser Waisenhauseingang wieder geöffnet
wird und zwar von dem Tag an, an dem mit dem Bau dieses Hauses
begonnen wird.

St.R. Siegel: Ich habe bereits im Stadtsenat da-
rauf verwiesen, dass sich Herr Gemeinderat Rummelhardt in einem
grundlegenden Irrtum befindet. Er unterscheidet, trotzdem er als
langjähriger Gemeinderat Bescheid weiss, nicht zwischen Sachkredit
und Finanzkredit. Der Sachkredit muss unter allen Umständen ange-
sprochen werden, auch wenn die Ausführung auf mehr als ein Ver-
waltungsjahr verteilt wird. Wenn dann der Betrag nicht ausreicht,
bewilligt bekanntlich der Gemeinderat einen Zuschusskredit. Die
Tafeln an den Gemeindebauten werden von den Unternehmern ange-
bracht und wir haben keine Ursache hier Zensur zu üben. Ich blei-
be, dass diese auchliche Angelegenheit einen politischen Hinter-
grund hat. Es ist Ihnen die Haltung der Mehrheit in der Frage
der Wohnhaussteuer und des Mieterschutzes unangenehm. Dass Sie der
Mieterschutzgesetzgebung nicht sehr freundlich gegenüber stehen
ist bekannt, dass kann uns aber nicht hindern, unser Wohnhausbau-
programm restlos zu erfüllen (Beifall).

Nach tatsächlichen Berichtigungen Stadtrat Rummel-
hardts und des Referenten wird der Antrag angenommen.

St.R. Siegel berichtet über den Bau einer Wohnhaus-
anlage in der Ehangasse- Herderplatz- Herbartgasse im XI. Bezirk,
die nach den Plänen der Architekten Kaym, Hetmanek und Gorge er-
richtet werden soll und deren voraussichtliche Baukosten
2,390.000 Schilling betragen. In dieser Gegend sind bereits mehre-
re Häuser bezogen worden und andere Baupläne in Arbeit.

G.R. Dettler (chr. soz.) stellt an den Referenten
die Anfrage, ob Betonplatten aus Totis in Ungarn, wie vielfach
behauptet wird, bezogen werden. Wäre dies der Fall, so müsste doch
ein besonderer Grund dafür angeführt werden können, da doch im
Inland eine ausgebreitete Zementindustrie vorhanden ist. Ferner
wird auch behauptet, dass ein empfindlicher Ziegelmangel eingetre-
ten sei, als dessen Folge vor einigen Tagen der Bau auf der Sand-
leiten reduziert werden musste; man spricht auch davon, dass grössere
Ziegelmen gen aus Böhmen bezogen werden. Endlich bemängelt der
Redner, dass verschiedene Anträge den Ausschuss für Wohnungs-
wesen nicht passiert haben.

St.R. Siegel erklärt, dass es manchmal die Zeit
nicht gestatte, die Anträge auch dem Wohnungsausschuss vorzule-
gen. Die Gemeinde Wien hat niemals Betonplatten aus Totis bezo-
gen, seines Wissens bestehe in Totis nur eine Zementfabrik. Die
Gemeinde bezieht vielmehr den grössten Teil ihres Bedarfes aus
Schwechat von der „Steinigg“, an der sie auch beteiligt ist.
Was die Ziegel betrifft, so sei festzustellen, dass von den 145
Millionen Ziegeln, die für das Jahr 1925 erfordert werden, nur
2 Millionen aus Oedenburg bezogen worden sind, alle übrigen Zie-
gel aber von den verschiedensten einheimischen Fabriken geliefert
wurden. Im Frühjahr entsteht durch die noch nicht weit genug vor-
geschrittene Ziegelkampagne jedesmal ein gewisses Vakuum, es war
daher notwendig, den dringenden Bedarf aus dem Auslande zu stillen.
Eine Reihe von Beamten hat vorhandene Ziegelvorräte in Nieder-
österreich, Oberösterreich und Steiermark festgestellt, die dann
zur Gänze nach Wien geliefert wurden. Die Gemeinde Wien beschäfti-
tigt die gesamte heimische Ziegelindustrie. Es ist interessant,
festzustellen, dass Klagen geführt werden, weil die private Bau-
tätigkeit manchmal keine Ziegel zur Verfügung hat. Niemand wur-
den aber aus der Tschechoslovakei oder sonst aus dem Auslande
Ziegel bezogen. Wohl lief aber eine grosse Anzahl von Offerten
aus Bayern, Böhmen und so weiter ein, wegen der hohen Transport-
kosten, aber kommen solche Bestellungen gar nicht in Frage.

Schliesslich referiert Stadtrat Siegel über den
ersten Block des Wohnhausbaues XX., Wehlstrasse-Engerthstrasse-
Donaueschingengasse, dessen Kosten 6,650.000 Schilling betragen
werden. Der Block II wurde vor wenigen Wochen beschlossen, die
organische Ergänzung dazu bietet der vorliegende Block I, der
auch die zentrale Waschküchenanlage enthält.

G.R. Schelz (chr. soz.) bemängelt, dass bei einer
Anzahl von sechzig Waschstellen für fast zweitausend Parteien
es nur möglich sein wird, alle vier Wochen zu waschen. Diese ein-
zige Waschanlage sei für die beiden grossen Baublöcke entschieden
nicht entsprechend.

St.R. Siegel verweist auf die Erfahrungen, die man
bei der Zentralwaschküchenanlage im Fuchsenfeldhof gemacht hat,
wo es sich herausgestellt hat, dass nicht alle Parteien waschen und
auch der ganze „Waschtag“ nur einen halben Tag ausfüllt. Es wurde
möglich, für eine Familie von vier Personen die Wäsche von vierzehn
Tagen in vier Stunden bis zum Bügeln fertigzustellen. Für die Par-
teien bedeutet dies eine gewaltige Erleichterung. Sicher ist, dass
jeder Gelegenheit hat, regelmässig nach 14 Tagen waschen zu können
und nicht wie Gemeinderat Schelz fürchtete nur alle vier Wochen.

Über die Sitzung.

Beide Anträge werden sodann angenommen.
Vizebürgermeister Haas schliesst um dreizehn Uhr die Sitzung ab.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u-verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 8. März 1925

.....

Kein Sammeltag für den Deutschen Schulverein. In einer Wiener Tageszeitung hat heute die Rettungsgesellschaft aufmerksam gemacht, dass die beim Blumenkorso beabsichtigte Sammlung nicht für sie, sondern für den Deutschen Schulverein stattfindet. Der Magistrat teilt hiezu mit, dass die Sammlung auch für den Deutschen Schulverein nicht stattfinden darf weil das Ansuchen des Schulvereins um Bewilligung einer solchen Sammlung abgelehnt worden ist. Für diese Ablehnung war der Grundsatz entscheidend, die öffentlichen Sammlungen in Wien möglichst zu beschränken. Die Fürsorgeräte aller Parteien sind nämlich wiederholt an den Bürgermeister herangetreten, dass er gegen das fortwährende Sammeln einschreite. Es wurde daher festgesetzt, dass in Wien nur fünf öffentliche Sammlungen im Jahre stattfinden sollen, nämlich für die Barmherzigen Brüder, das Wiener Jugendhilfswerk, die Wiener Rettungsgesellschaft, den Verband der Blindenvereine und die Armen Wiens, also durchwegs grosse humanitäre Zwecke, die die Förderung der gesamten Bevölkerung verdienen. Bei der Festsetzung dieser Zahl war massgebend, dass jede Hausersammlung mindestens acht Wochen dauert, so dass unter Berücksichtigung der notwendigen Sommerpause ohnedies nahezu das ganze Jahr hindurch gesammelt wird. Aus diesen Gründen werden alle übrigen Sammlungen vom Magistrat abgelehnt und es musste daher auch das Ansuchen des über dies fast ausschliesslich nationalen und nicht humanitären Zwecken dienenden Schulvereines abgelehnt werden. Es darf daher in Wien weder Samstag noch Sonntag für diesen Zweck gesammelt werden.

.....

Englische Fussballer im Rathaus. Unter Führung des Kommerzialrates Neumann vom Vienne Football-Klub und der Herren Baltax und Pisk vom Sportklub Hakoah erschienen heute im Rathaus Mitglieder des Sportklubs Bolton Wanderers aus Bolton in England. Vizebürgermeister Emerling begrüßte die Gäste und sagte, dass es ungemein erfreulich sei, wenn auch durch den Sport die alten internationalen Beziehungen, die so lange unterbrochen waren, wieder aufgenommen werden. Sekretär Forewaker dankte in englischer Sprache für den überaus herzlichen Empfang der den Engländern in Wien zuteil wurde. Die Gäste besichtigten dann unter kundiger Führung das Rathaus.

.....